

Links.Blick.

Die linke Zeitung für Cottbus und Spree-Neiße

www.dielinke-lausitz.de

Jahrgang 2023/03.07. Ausgabe 13

S.2 Cottbuser SVV
Das Ende vom Ostsee

S.3 Landtag
Energie in Bürgerhände

Heizungsgesetz ist sozial ungerecht!

Linksfraktion im Bund stellt eigenes Förderkonzept vor

Maßnahmen gegen die voranschreitende Erderwärmung zu ergreifen, ist eine zentrale politische Herausforderung unserer Zeit. Die Wärmewende ist ein essenzieller Teil davon.

Wegen der Wichtigkeit ist es ein Trauerspiel, in welcher dilettantischer Weise die Bundesregierung in den letzten Wochen agiert hat. Von der Zerstrittenheit innerhalb der Regierung mal ganz abgesehen, waren die bisherigen Entwürfe technisch einfach nicht umsetzbar und voller Lücken. Außerdem fehlt bis heute ein Förderkonzept, das die Menschen nicht im Stich lässt.

In Brandenburg und auch der Lausitz, gibt es viele Eigenheimbesitzer*innen, ohne nennenswertes Vermögen und Einkommen. Da kommen angesichts der zu erwartenden Kosten beim Einbau einer Wärmepumpe schnell Existenzängste auf. Die Gewinner dieses Dilettantismus sitzen am rechten Rand, die



generell gegen das ganze Vorhaben des Heizungstausches hetzen. Der beste Beweis ist Sonneberg.

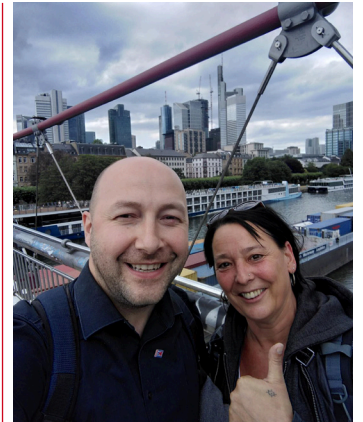
Wir als Linksfraktion haben nun ein eigenes Förderkonzept beschlossen. Die Wärmewende wird nur gelingen, wenn sie sozial gestaltet ist. Wir wollen die Förderung für den Heizungstausch und deren begleitende Maßnahmen daher erhöhen und nach Einkommen staffeln.

Nach unserem Konzept werden bei Transferleistungsempfängernde zu 100%, kleine Einkommen bis zu 95 %, mittlere Ein-

kommen zu ungefähr 50%, hohe Einkommen zu 15% und Spitzeneinkommen gar nicht gefördert. Damit werden die sozialen Folgen abgefedert und die Wärmewende beschleunigt - während Menschen ab der ungefähren Grenze des Reichensteuersatzes (~250.000 € pro Jahr) ihren Heizungstausch und deren begleitende Maßnahmen selbst bezahlen müssen. Diese Zahlen gelten für Singlehaushalte. Für Haushalte mit mehreren Personen und Kindern soll nochmal mehr gefördert.

Im Gegensatz dazu, plant die Ampel fast pauschal zu fördern. Das heißt auch Millionäre bekommen die Förderung. Aber noch wichtiger: Menschen mit einem geringen Einkommen bleiben beim Konzept der Ampel auf einem großen Anteil der Kosten sitzen. Damit bleiben viele Existenzängste bestehen und die Ampel fährt die Akzeptanz der Wärmewende an die Wand!

Redaktion Linksfraktion im Bund



Was für ein Wochenende! Bei der bundesweiten Aktionskonferenz in Frankfurt/Main haben ab 30. Juni mehr als 200 LINKE-Aufbauheld:innen aus dem ganzen Land gemeinsam Pläne entwickelt und ihre Ideen und Erfahrungen ausgetauscht. Auch die Lausitz war gut vertreten. Gemeinsam mit den Vorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan, dem BGF Tobias Bank und internationalen Gästen, wie z.B. dem stellvertretenden Vorsitzenden der KPÖ aus Österreich Rainer Hackauf, haben wir Klassenkampf, antifaschistische Arbeit, Parteientwicklung und linke Strategie für den sozial-ökologischen Umbau diskutiert. Wir haben Mitgliedergewinnung und Profilierung besprochen, uns in Workshops geschult. Am Ende sorgte die gesamte „Truppe“ noch für einen Rekord: mit Blick auf die hessische Landtagswahl fand in Frankfurt und Offenbach die bisher größte Haustüraktion in der Geschichte der LINKEN statt. Natürlich wurde auch anständig gefeiert mit Karaoke, Candy-Bar und viel gute Laune.

Dieses Wochenende hat Mut gemacht. Es ist zu spüren, dass sich in vielen Bereichen etwas zum Guten ändert, verzahnt, moderner wird und in Bewegung gerät - ein Aufbruch hin zu einer modernen linken Partei mit starken Wurzeln und guten Ideen für die heutige Zeit und für die Zukunft.

Conny & Andrej

In eigener Sache

Lieber Leserinnen und Leser!

Sicher freuen Sie sich schon auf den Sommerurlaub. Auch der LINKSBlick macht eine kleine Pause. Unsere nächste Ausgabe erscheint dann erst wieder am 28. Juli.

Termine und Neuigkeiten erfahren Sie aber auch weiterhin über die Internetseite und unsere Social Media Kanäle.

Wir wünschen eine schöne Zeit!

Die LINKSBlick - Redaktion

Aus der Cottbuser Stadtverordnetenversammlung

Das Ende des Cottbuser Ostsees



Lakoma: Von hier wird der Cottbuser Ostsee seit 2019 geflutet. Das ist jeweils abhängig von den verfügbaren Wassermengen und musste bereits wegen mehrerer Dürre-Zeiten gestoppt werden. Foto: Peter Rademacher/pixabay

Irgendwo ist jeder See, sei er noch so groß, zu Ende. Dieses Ende nennt man Ufer.

Genau dieses Ufer verändert sich bereits, obwohl die geplante Soll - Uferlinie noch nicht einmal erreicht ist. Deutlich sichtbar sind Rutschungen der Uferböschung seeseitig der errichteten Kaimauer bis an die Mauer heran, als auch rechts (Steuerbord) und links (Backbord) derselben.

Die Frage nach dem Warum ist geklärt. Während des Flutungsprozesses gibt es unterschiedliche Druckverhältnisse im Wasser und im angrenzenden Erdreich. Die kritische Stelle ist die Böschung an der Baggerschnittkante, die sehr steil ist. Zunächst nimmt während des Flutungsprozesses die Stabilität der Uferböschung ab. Je mehr Wasser im See ist, umso mehr Rutschungen gibt es auf dem gegenüberliegenden Kippengelände. Dort ist der aufgeschüttete Boden locker und leicht. Zusammen mit dem Wasser „verflüssigt“ sich der Boden und folgt der Schwerkraft (hat jeder schon erlebt, der an der richtigen Ostsee versucht hat, ein Loch am Strand zu buddeln). Als Folge wird die Wasserfläche größer und bietet mehr Angriffsfläche für Wind. Es gibt einen verstärkten Windwellenschlag an der

ohneinstabilen Böschungskante. Die fast unausweichliche Folge sind Rutschungen auch des „gewachsenen“ Bodens. Dieser ist durch die Eiszeit und durch Windverwehungen (Innendünen) geprägt. Die Sandkörner sind rundgeschliffen und können sich nicht ineinander verhaken. Darauf hatte der Bergbausanierer bereits im Vorfeld hingewiesen.

Die Kaimauer übernimmt beim Erreichen des Soll - Wasserstandes die Funktion der rechts und links vom Bergbausanierer in weiser Voraussicht abgeflachten Uferböschungen. Die Wellen klatschen einfach dagegen und können die Uferböschung nicht ausspülen. Bis es allerdings soweit ist, besteht ein hohes Risiko. Dieses Risiko kann durch einen kontinuierlichen Flutungsprozess vermindert, aber nicht ausgeschlossen werden. Alle Berechnungen gingen von einem kontinuierlichen Flutungsprozess aus, als ob man die Verfügbarkeit von Niederschlagswasser, Grundwasser oder Spreewasser zuverlässig vorhersagen könne. Die „Titanic“ galt rechnerisch auch als unsinkbar.

Wer trägt das Risiko? Wer trägt die Kosten, wenn sich das Risiko verwirklicht? Ist mit weiteren Rutschungen zu rechnen? Ist die Kaimauer in absehbarer Lebens-

zeit überhaupt nutzbar? Was sagt das Landesbergamt dazu? Geht Sicherheit für Leib und Leben vor das Profitinteresse an der Nutzung und Vermarktung des Sees und seiner Umgebung?

Während die naturwissenschaftlichen Auswirkungen deutlich sichtbar sind, bleiben die konkreten vertraglichen Vereinbarungen mit dem Eigentümer des Bodens und die sonstigen Auflagen des Landesbergamtes im Dunkeln. Ich hatte Akteneinsicht in wesentliche Dokumente.

Es ergeben sich aus den bekannten Dokumenten immer wieder neue Fragen. Allerdings darf ich diese Erkenntnisse nicht nutzen, um öffentliche Transparenz herzustellen. Stadtverwaltung und Stadtverordnetenversammlung sind für eine Nichtöffentlichkeit der Hintergründe. Das hat den Anschein von Vertuschung oder Komplizenschaft und ist für das Vertrauen in die Verwaltung nicht sonderlich förderlich. Das Unbekannte bietet viel Raum für Spekulationen.

DIE LINKE setzt sich für die öffentliche Behandlung des Themas ein.

Die Zeiten sollten vorbei sein, wo eine Veröffentlichung der Wahrheit mit dem Argument abgelehnt wird, dass diese dem Gegner nützen könnte.

Es geht hier um viel Geld und um die Auswirkungen der Rutschungen an der Kaimauer auf die gesamte Nutzung des Ostsees, letztendlich darum, ob die hochtrabenden und ambitionierten Pläne rund um den See überhaupt realisierbar sind. Sollten einzelne Tatsachen aus Gründen des Allgemeinwohls geheim bleiben müssen (weil andere damit der Stadt schaden könnten), dann sei es so. Aber das Meiste kann und muss veröffentlicht werden, auch wenn es vielleicht wehtut und wenn damit die Ostsee-Euphorie auch ins Rutschen kommt und sich vielleicht im Ostsee-Wasser auflöst.

Realismus ist das Gebot der Stunde.

Jeder Euro, der im See versenkt wird, ist politökonomisch Konsumtion und dient keinerlei Wertschöpfung im Rahmen des vielbeschworenen Strukturwandels. Konsum kann man sich nur leisten, wenn man Geld hat und nicht, wenn man mit Geld, dass einem nicht gehört, Leute beeindrucken will, die in risikoärmeren und finanzkräftigeren Regionen wertschöpfende Produktion mit mehr Vertrauen in die Verlässlichkeit regionaler Wirtschaftspolitik ohne einen gewissen provinziellen Dilettantismus betreiben wollen.

Die „Brache“ in der Innenstadt, das Heizkraftwerk, das Abwasserdesaster, die Vorwürfe gegen Cottbusverkehr und nun auch die Kaimauer sind gute Beispiele, wie die Angst vor Transparenz verwaltungsinterner Entscheidungen nicht nur teuer wird, sondern Politikverdrossenheit nährt. Die Alternativen haben auch keine rechtlich saubere, praktikable Lösung, profitieren aber von dem gefühlten Gegensatz des Handelns der da „oben“ gegen die Interessen der da „unten“.

Zumindest erscheint das so, angesichts des sich aufdrängenden Verdachts, dass es auch bei der Kaimauer etwas zu verheimlichen gibt.

Gegen die Protestwahlbürger gibt es nur eins: Eine gute Politik mit guten Ergebnissen zum Wohle aller. Und es muss auch danach aussehen! Beschwichtigungen, allgemeines Politikergesäusel, Scheinbeteiligungen des Volkes oder scheindemokratische Veranstaltungen, wie Bürgerstammtische, die geplante Einführung von „Bürgerräten“ ohne Stimme usw. bringen gar nichts, außer, dass der Einzelne dort wie in London im Hyde-Park an spaekers corner „Dampf ablassen“ kann - natürlich folgenlos. Und dann wählt er gar nicht - oder die anderen.

Frank Mittag
Cottbuser Stadtverordneter

ANGENOMMEN! Antrag zur Arbeitskräftesicherung

In der letzten Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause wurde der Antrag 18/23 „Arbeitskräftesicherung unter den Aspekten der demografischen Entwicklung in Cottbus“ mit großer Stimmenmehrheit **bestätigt**.

Worum es den Cottbuser LINKEN geht

Schon heute ist allerwegen vom Fachkräftemangel und Arbeitskräftemangel die Rede. Mit dem auf Antrag der Linksfraktion erstellten Sozial- und Gesundheitsreport ist nochmals deutlich geworden, dass wir zu diesen Thema leider erst am Anfang stehen. Der demografische Baum (siehe Grafik aus dem Report) macht es deutlich: in den nächsten Jahren gehen die sogenannten Babyboomer in ihren wohlverdienten Ruhestand. Aus den jüngeren Jahrgängen wachsen aber deutlich weniger Menschen in Richtung Arbeitsmarkt nach. Laut Auskunft der Arbeitsagentur können es jahresweise bis zu 30% sein.

Das bedeutet weitere Lücken. Zu den Eigenarten der demografischen Entwicklungen gehört es, dass sie schleichend, aber unerbittlich wirkt. Menschen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht geboren wurden, können nicht „nachgemacht“ werden.

Chancen werden in Zuwanderung gesehen, auch aus Deutschland. Dort sieht

es aber meist ähnlich wie im Land Brandenburg aus. Folglich muss auch auf die Menschen gesehen werden, die als Zuwanderer schon unter uns leben. Sie haben aber die verschiedensten Hürden bei der Aufnahme im Arbeitsmarkt. (Spracherwerb, formale rechtliche Beschränkungen, Berufsabschlüsse, die nicht deutschen Normen entsprechen u.v.m.) Viele Institutionen und Einzelpersonen versuchen in diesem Feld der Arbeitskräftesicherung positive Entwicklungen zu befördern.

Unser Antrag zielt darauf, dass der Oberbürgermeister diese Akteure an einen „Tisch“ holt, um quasi im Konzert daran zu arbeiten, Ideen und Kräfte zu bündeln. Die IHK, die Agentur für Arbeit und andere haben bereits erklärt, dass sie sich gern einbringen wollen.

Klar ist, dass sich diese zukünftigen Aktivitäten nicht nur auf Flüchtlinge richten werden, die in der Region leben. Es gibt natürlich auch noch deutsche Einwohner:innen unterschiedlichen Alters, die es zu gewinnen gilt, oder Arbeitskräfte aus dem polnischen Grenzgebiet oder Studierende an der BTU usw., usw. Also ein umfangreiches Arbeitsfeld und kaum irgendwelche einfachen Lösungen in Sicht. Gemeinsames Handeln ist deshalb wichtig.

Eberhard Richter

für die Fraktion u.a. im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte der Minderheiten



ABGELEHNT! Energie in Brandenburger Bürgerhand

Bei einer Fahrt durch das Land kann man den Zuwachs an Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen genau beobachten. Mittlerweile findet man an jedem Dorf entweder einen Windpark, eine Freiflächen-Photovoltaik-Anlage oder beides.

Aber nicht jedes Dorf, jede Kommune ist glücklich darüber. Und das hat auch seinen Grund. Deshalb hat unsere Landtagsfraktion einen Antrag gestellt, der mehr finanzielle Beteiligung der Kommunen und Bürger am Ausbau von erneuerbaren Energien fordert. Eine solche Beteiligung kann ein Schlüssel für mehr Akzeptanz bei den betroffenen Anwohnern sein.

Dazu braucht es zunächst mal eine flächendeckende Beratung im ganzen Land, denn viele wissen nicht was alles möglich ist. Das Beratungsnetz für Kommunen muss unbedingt ausgebaut werden, damit alle erreicht werden.

Bürger können auch selbst etwas tun. Die Gründung von Bürgergenossenschaften oder Bürgerenergiegesellschaften bieten die Chance über die Höhe des Strompreises selbst

zu entscheiden. In Thüringen wurde ein Bürgerenergiefond eingerichtet, der Bürgerenergiegenossenschaften und Bürgerenergiegesellschaften in der Planungs- und Startphase fördert. So einen Fond braucht auch Brandenburg!

Wir haben in Brandenburg eine verpflichtende Sonderabgabe an Kommunen für Windkraftanlagen. Eine solche Sonderabgabe fordern wir auch für Photovoltaikanlagen auf Freiflächen. Auch Solardachbörsen für die Nutzung bzw. Vermittlung von Dachflächen für Solaranlagen, ist eine Möglichkeit Bürger und Kommunen mehr zu beteiligen.

Es muss auch endlich möglich sein, den Strom der vor der Haustür produziert wird, unbürokratisch selbst zu verbrauchen.

Es gibt noch viel zu tun, wenn die Energiewende gelingen soll. Dazu brauchen wir alle.

Unser Antrag wurde von der Koalition (SPD, CDU, Grüne) **abgelehnt**.

Anke Schwarzenberg
Linksfraktion im Landtag

NEU! Kampagne UMSTEUERN

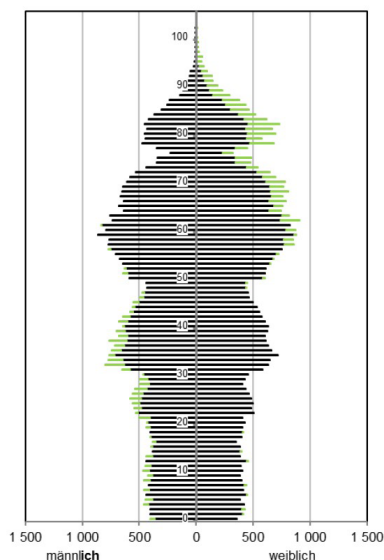


Infos unter: www.dielinke.de/mitmachen/kampagnen

Alterspyramide
Quelle:
2023

Juni 2022

Cottbus
Sozialreport



Volles „Postamt“ bei Kneipengespräch in Forst



Es gibt Bier und leckere Erbsensuppe im Kaiserlichen Postamt zu Forst. Gut 50 Menschen sind an einem Donnerstagabend gekommen. Was war da los? Ganz einfach: Sebastian Walters zweiter Stopp auf seiner „Hilfe, alles ist teurer“-Tour.

Nach einem freundlichen Prost in die Runde ging es los. Zwei Stunden wurde diskutiert, kaum ein Thema blieb ausgespart, es ging hart zur Sache und manches Thema ging auch an die Nieren - wie die „unwürdige Sozialbestattung“ von finanziell schwachen Menschen in namenlosen Gräbern. Das ist ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft.

Die Menschen haben das Vertrauen in Politik und Parteien verloren - und damit auch in die Demokratie. Vor allem der ländliche Raum und die dort lebenden Menschen werden (außer zu Wahlzeiten) vergessen. Warum ist das Vertrauen weg? So einfach wie erschreckend: Die öffent-

liche Hand hat sich aus vielen Bereichen der Daseinsvorsorge zurückgezogen und ihr ureigenes Feld privaten Akteuren und dem Markt überlassen. Doch der funktioniert nur bedingt. Die Reichen werden immer reicher. Aber die Mehrheit der Menschen wird ärmer. Die Inflation steigt schneller als die Löhne und Renten - die in dieser Region ohnehin niedrig sind. Kein Arzt in der Nähe, kein HNO- oder Zahnarzt in Sicht. Man muss um die halbe Welt reisen, um sich behandeln zu lassen. Das kann doch nicht wahr sein! Sebastian fordert eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, ein öffentliches Krankenhausnetz und MVZs mit angestellten Ärzten. Auch ein Medizinstipendium mit der Verpflichtung x Jahre auf dem Land zu arbeiten sollte diskutiert werden. Grundnahrungsmittel werden immer teurer. Warum wird nicht über einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für diese

Produkte diskutiert? Trotz jahrzehntelanger Arbeit ist die Rente zu gering, so dass Menschen am Ende eines arbeitsreichen Lebens zur Tafel gehen müssen um satt zu werden. Das ist eine Schande!

Es gibt keine Sicherheit mehr für ein gutes Leben. Auch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Regionen ist nicht mehr gegeben. Erst keine Post, dann kein Arzt, keine Bahnverbindung und am Ende keine Sparkasse mehr. In Forst, wie in vielen Regionen, wurde die soziale Infrastruktur in den letzten Jahren kaputt gespart. Die Folgen sind überall sichtbar. Wasser, Gesundheit, öffentlicher Nahverkehr, Energie, Pflege gehören in die öffentliche Hand. Hier geht es um Grundversorgung und nicht um Profite.

Die Gläser leerten sich, wir schauen nach vorne. Politik muss klar sagen, wie sie Dinge ermöglichen kann und dann auch schnell handeln. Wir brauchen Tesla-Geschwindigkeit bei der Anbindung der Lausitz, bei der ärztlichen Versorgung, bei der Gewinnung von Fachkräften in Pflegeberufen, beim Bau von Kitas und Schulen. Warum reist Sebastian durch das Land, spricht mit den Menschen, hört sich ihre Probleme an und spricht über unsere Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft? Es ist der Respekt vor ihnen und es holt ihn auf den Boden der Tatsachen zurück, wie er an diesem Abend verrät. Bei „Bier und Bockwurst (oder eben Erbsensuppe)“ erfährt man so einiges über den Zustand Brandenburgs. *red.*

Offener Kneipenabend mit Isabelle Vandre

12. Juli | 19 Uhr

Café Zelig



Gerechte Hochschulen?!

Komm' vorbei und lass uns diskutieren,
das erste Getränk geht auf mich!

Veranstaltungstipp

Von Anwesenheitspflicht bis Zulassungsgebühren: Hochschulen sind nicht immer gerecht.

Aber, warum eigentlich nicht? Und, wäre es nicht möglich, sie ein bisschen gerechter zu machen? Noch in diesem Jahr wird der Brandenburger Landtag das Hochschulgesetz überarbeiten. Das hat Folgen für alle Hochschulangehörigen.

Aus diesem Anlass möchte Isabelle Vandre, die hochschulpolitische Sprecherin der Linksfraktion, mit Euch ins Gespräch kommen und darüber diskutieren, wie wir die Hochschulen besser machen können. Was stört Dich in Deinem Studien- und Arbeitsalltag und wie können wir etwas verändern?

12. Juli Café Zelig
Friedrich-Ebert-Str. 21, Cottbus

Das erste Getränk geht auf uns!